

Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise

Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Das Tarifjahr 2008 zeigt im Rückblick ein gespaltenes Bild: Im ersten Halbjahr standen die Tarifauseinandersetzungen unter dem Eindruck der noch guten Konjunktur. Die lohnpolitische Erwartungshaltung der Beschäftigten war angesichts der vielfach positiven Gewinnsituation entsprechend hoch. In einer Reihe von Branchen gelang es den Gewerkschaften, deutlich höhere Tarifabschlüsse als in den Vorjahren zu tätigen. In der zweiten Jahreshälfte gewann die Finanzmarktkrise an Bedeutung, vor allem für die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. Insgesamt präsentierten sich die Gewerkschaften in zahlreichen (Warn-)Streikaktionen mit hoher Beteiligung kampfbereit. Die umstrittene Regulierung des Niedriglohnsektors kam nur wenig voran.

1

Das Tarifjahr 2008 im Überblick

1.1 FORDERUNGEN

Für die Tarifrunde 2008 entscheidend waren die anhaltend positive Gewinnentwicklung der privaten Wirtschaft, die kräftige, teils exzessive Steigerung der Manager- und Vorstandsbezüge und das bei den Beschäftigten ausgeprägte Gefühl, am jahrelangen Aufschwung bislang nicht oder nur unzureichend partizipiert zu haben. Die daraus resultierende Erwartungshaltung der Beschäftigten fand ihren Niederschlag auch in den Tarifforderungen. Sie wurden zusätzlich durch die stark steigenden Verbraucherpreise getrieben, die im Laufe des ersten Halbjahres eine Zuwachsrate von bis zu 3,3 % im Vorjahresvergleich erreichten. Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften fielen deshalb 2008 noch einmal höher aus als im Vorjahr. Spitzentreiter war der öffentliche Dienst. Dort forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) eine Tarifanhebung von 8 %, mindestens jedoch 200 €. Ebenfalls 8 % forderten die Gewerkschaften unter anderem in der Stahlindustrie, in der Metallindustrie, im Bankgewerbe und in der Papierverarbeitung. Erstmals seit 2004 stellte die IG BCE für die chemische Industrie mit 7 % wieder eine bezifferte Forderung auf. In anderen Branchen blieben die Forderungen mit

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2008 in ausgewählten Tarifbereichen – in % –

Bankgewerbe	8,0 (mind. 260 €)
Chemische Industrie	7,0
Deutsche Post AG	7,0
Eisen- und Stahlindustrie	8,0
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5,0
Landwirtschaft	5,5
Metallindustrie	8,0
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,5–6,0
Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	8,0 (mind. 200 €)
Papier verarbeitende Industrie	8,0
Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften	7,5
Textil- und Bekleidungsindustrie	5,5

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

4,5 % bis 5,5 % deutlich darunter (*Übersicht 1*).

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) Ende Dezember 2007 als erste aus, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie Ende Januar 2008. Die Entgelttarifverträge in der chemischen Industrie liefen regional unterschiedlich zwischen Ende Februar und Ende April aus. Die Verträge im westdeutschen Kfz-Gewerbe endeten überwiegend ebenfalls Ende Februar.

1.2 ABSCHLÜSSE

Den ersten wichtigen Abschluss gab es am 20.2.2008 nach intensiven Warnstreiks in der Eisen- und Stahlindustrie. Für Februar wurde eine Pauschale von 200 € gezahlt,

zum 1.3.2008 folgte eine Tarifanhebung um 5,2 % mit einer Laufzeit bis Ende März 2009. Am 31.3.2008 vereinbarten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) einen Sockelbetrag von 50 € sowie eine Anhebung um 3,1 % ab dem 1.1.2008 (für die Gemeinden Ost erfolgte beides ab 1.4.2008), es ging weiter mit einer Einmalzahlung von 225 € zum Jahresbeginn 2009 und einer Stufenerhöhung von

Reinhard Bispinck, Dr., Wissenschaftler im WSI und Leiter des WSI-Tarifarchivs in der Hans-Böckler-Stiftung.
e-mail: Reinhard-Bispinck@boeckler.de
Götz Bauer, Monika Müller, Ulrich Schmidt, Monika Schwacke-Pilger, Andrea Taube und Monika Wiebel sind Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter im WSI-Tarifarchiv.

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2008

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
23.01.2008	Landwirtschaft	Bundesempfehlung: 3,8 % ab 01.03.08 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10
20.02.2008	Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	200 € Pauschale für Februar 2008 5,2 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 31.03.09
21.02.2008	Hotel- und Gaststätten-gewerbe Nordrhein-Westfalen	3,0 % ab 01.03.08 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.03.09, Laufzeit bis 31.05.10
07.03.2008	Kfz-Gewerbe Hessen	Nach einem Nullmonat (März) 2,5 % ab 01.04.08 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.08 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.04.10
11.03.2008	Textil- und Bekleidungs-industrie West	Nach einem Nullmonat (März) 200 € Pauschale insgesamt für April und Mai 2008 3,6 % ab 01.06.08, Laufzeit bis 28.02.09
31.03.2008	Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden West und Ost	50 € Sockelbetrag plus 3,1 % ab 01.01.08 (Gemeinden Ost: beides ab 01.04.08) 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 225 € Einmalzahlung zum 01.01.2009, Laufzeit bis 31.12.09 (Abweichungen bei Krankenhäusern, Nahverkehr und Versorgung)
16.04.2008	Chemische Industrie West	4,4 % regional unterschiedlich ab 03/04/05/2008 3,3 % Stufenerhöhung ab 04/05/06/2009, Laufzeit bis 03/04/05/2010 Einmalzahlung von 0,5 % für die ersten 13 Monate
30.04.2008	Deutsche Post AG	200 € Pauschale insgesamt für Mai–Oktober 4,0 % ab 01.11.08 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.06.10
29.05.2008	Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE)	4,0 % ab 01.07.08 3,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 30.06.10
10.07.2008	Einzelhandel Baden-Württemberg	400 € Pauschale insgesamt für April 2007–März 2008 3,0 % ab 01.04.08, Laufzeit bis 31.03.09
01.08.2008	Deutsche Lufthansa AG	5,1 % ab 01.07.08 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.09 Einmalzahlung und ergebnisabhängige Komponente von bis zu 2,4 % der Jahresgrundvergütung, Laufzeit bis 28.02.10
12.11.2008	Metallindustrie	510 € Pauschale insgesamt für November 2008–Januar 2009 2,1 % ab 01.02.09 2,1 % ab 01.05.09 (auf Basis des Entgelts Nov. 2008) 122 € Einmalzahlung im September 2009, Laufzeit bis 30.04.10 0,4 % Einmalzahlung jeweils für Januar–April 2010 (Finanzierung Altersteilzeit)

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: Dezember 2008.

2,8 % ebenfalls ab dem 1.1.2009 mit einer Laufzeit bis Ende 2009. Auch hier gingen dem Abschluss umfangreiche Warnstreiks voraus. Am 16.4.2008 erreichte die IG BCE für die *chemische Industrie* folgenden Abschluss: Regional unterschiedlich gab es ab März/April/Mai 2008 eine Tarifanhebung von 4,4 %, gefolgt von einer Stufenerhöhung von 3,3 % ab April/Mai/Juni 2009. Für die ersten 13 Monate wurde eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,5 % gezahlt. Die Gesamtaufzeit beträgt 25 Monate.

In anderen Branchen gelangen ebenfalls Abschlüsse oberhalb der Inflationsrate: In der *Landwirtschaft* sieht die Bundesempfehlung eine Erhöhung von 3,8 % ab dem 1.3.2008 und eine Stufenerhöhung von 3,2 % ab dem 1.2.2009 bei einer Laufzeit bis Ende März 2010 vor. In der *Textil-*

und Bekleidungsindustrie wurde nach einem Nullmonat und einer Pauschale für April und Mai 2008 in Höhe von 200 € eine Tarifanhebung von 3,6 % ab dem 1.6.2008 gezahlt. Die Laufzeit reicht bis Ende Februar 2009. Bei der *Deutschen Post AG* sieht der Tarifabschluss für die Monate Mai bis Oktober eine Pauschale von 200 € vor, anschließend erhalten die Beschäftigten eine Tarifanhebung von 4,0 % und eine nochmalige Steigerung um 3,0 % ab 1.12.2009 mit einer Laufzeit bis Ende Juni 2010. In der *Energiewirtschaft* Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich) steigen die Tarife ab dem 1.7.2008 um 4,0 %, ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 3,5 % bis Ende Juni 2010. In der *Papier verarbeitenden Industrie* umfasst der Tarifabschluss nach einem Nullmonat eine Tarifanhebung

von 3,9 % ab dem 1.5.2008 sowie eine Stufenerhöhung von 2,9 % ab dem 1.5.2009 für weitere zwölf Monate.

Geringere Tariferhöhungen wurden im *Einzelhandel* vereinbart: Dort gelang am 10.7.2008 erst nach mehr als einjährigen Verhandlungen der erste regionale Tarifabschluss der Branche in Baden-Württemberg. Er beinhaltete eine Pauschalzahlung von 400 € für die ersten zwölf Monate, ab April 2008 erhöhten sich die Tarife für die folgenden zwölf Monate um 3,0 %. Im *Brauereigewerbe* Nordrhein-Westfalen gab es ebenfalls ein Plus von 3,0 % für das Jahr 2008. Auch im *Hotel- und Gaststättengewerbe* Nordrhein-Westfalen betrug die Tarifanhebung 3,0 % ab 1.3.2008, ein Jahr später folgt einer Stufenerhöhung um 2,5 % mit einer Laufzeit bis Ende Mai 2010.

Im *Kfz-Gewerbe* gelang der erste regionale Abschluss in Hessen mit einer Tarifanhebung von 2,5 % ab April 2008, einer Stufenerhöhung von 2,0 % ab Dezember 2008 und ein Jahr später weiteren 2,0 %. Ähnliche Abschlüsse gab es auch in anderen regionalen Tarifbereichen. In Nordrhein-Westfalen ließ der zuständige Verband die Verhandlungen mit der IG Metall kurz vor der endgültigen Einigung platzen und gab sein tarifpolitisches Mandat ganz auf. Kurz zuvor hatte der Verband mit der konkurrierenden „Christlichen Gewerkschaft Metall“ einen Tarifvertrag zu deutlich schlechteren Konditionen abgeschlossen. Die IG Metall versuchte anschließend, über Firmenarifverträge die Tarifbindung schrittweise wiederherzustellen.

Bei der *Deutschen Lufthansa* setzte ver.di für das Bodenpersonal nach viertägigem Arbeitskampf Anfang August Gehaltssteigerungen von 5,1 % rückwirkend ab Anfang Juli durch, gefolgt von einer Stufenerhöhung von 2,3 % ein Jahr später sowie Pauschal- und ergebnisabhängigen Einmalzahlungen.

In der zweiten Jahreshälfte konzentrierte sich das Tarifgeschehen auf die *Metallindustrie* (ausführlich dazu Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008a). Die IG Metall hatte unter dem Eindruck der lange Zeit hervorragenden Konjunkturdaten und Bilanzzahlen der Metallbranchen eine Tarifforderung von 8 % aufgestellt und konstatierte einen „großen Nachholbedarf in Sachen Gerechtigkeit und Binnenwachstum“ (Huber 2008; IG Metall 2008). Nach massiven Warnstreiks im gesamten Bundesgebiet gelang am 12.11. ein Abschluss, der eine Pauschalzahlung von 510 € sowie Tarifer-

höhungen von 2,1 % ab Februar und weiteren 2,1 % ab Mai 2009 vorsieht. Außerdem gibt es im September 2009 eine Einmalzahlung von 122 €. Die zweite Stufe kann verschoben und die Einmalzahlung gekürzt werden.

Die Tarifverhandlungen im privaten *Bankgewerbe*, wo ver.di eine Gehaltssteigerung von 8 %, mindestens aber 260 € gefordert hatte, wurden angesichts der Bankenkrise im Oktober ausgesetzt. Zu einem Abschluss ist es bis zum Redaktionsschluss dieses Berichts nicht gekommen.

1.3 WEITERE TARIFPOLITISCHE STATIONEN

Im März konnte der seit Herbst 2007 laufende Tarifkonflikt zwischen der Deutschen Bahn AG sowie den drei Gewerkschaften Transnet, GDBA und GDL¹ beigelegt werden (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008b). Die GDL erhielt die tarifpolitische Zuständigkeit für die Lokführer. Die GDL sowie die Tarifgemeinschaft aus Transnet und GDBA verpflichteten sich, die Tarifverträge der jeweils anderen Gewerkschaft anzuerkennen. Transnet und GDBA vereinbarten ein Tarifwerk zu einem neuen Entgeltsystem, das aus einem Basistarifvertrag und sechs funktionsspezifischen Tarifverträgen besteht.

In der chemischen Industrie vereinbarten die Tarifparteien einen Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“. Er fasst Regelungen zu Langzeitkonten, Altersteilzeit, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, Teilrente und zur tariflichen Altersvorsorge zusammen. In der Metallindustrie wurde ein Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente abgeschlossen, der die Altersteilzeit sowie das Altersteilzeitentgelt regelt. Auch in anderen Branchen wurden Tarifregelungen zur Altersteilzeit vereinbart.

2

Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten

2.1 LOHN- UND GEHALTSENTWICKLUNG

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2008 in ganz Deutschland *Lohn- und Gehaltstarifverträge* für 11,1 Mio. Beschäftigte ab, davon für 9,6 Mio. in den alten und 1,5 Mio.

Tabelle 1: Durchschnittliche Abschlussraten¹⁾ aus der Tarifrunde 2008 – AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten – in 1.000 –

	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten in %	davon: 2008 in Kraft getretene Tariferhöhungen in %	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gesamt	11.102,3	5,2	4,0	7.585,1
West	9.594,5	5,1	3,9	6.440,1
Ost	1.507,8	6,2	5,0	1.145,0

1) Einschließlich Stufenerhöhungen, ohne Pauschal- und Einmalzahlungen sowie leistungsorientierte Vergütungsbestandteile.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 2: Laufzeit der Tarifverträge – in Monaten –

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
West	13,8	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2
Ost	14,7	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

WSI MITTEILUNGEN

in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 57 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 4,6 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2007 oder früher vereinbart worden waren. Bei rund 3,7 Mio. Beschäftigten liefen 2008 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifanhebungen in Kraft.

ABSCHLUSSRATE

Die tarifliche *Abschlussrate* belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 5,2 % (2007: 5,2 %), in Westdeutschland betrug die Rate 5,1 %, in Ostdeutschland 6,2 %. Die Abschlussrate schließt alle, ggf. auch 2009 und später in Kraft tretende *tabellenwirksame* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 3,0 % im Wirtschaftsbereich Handel, 4,1 % im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, 4,4 % im Investitionsgütergewerbe über 5,4 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, 6,8 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 7,0 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft bis zu 8,3 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

Diese Gesamtabschlussraten sind allerdings von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die *im Jahr 2008* ab-

geschlossenen und auch in Kraft getretenen Tariferhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 4,0 % (West: 3,9 %, Ost: 5,0 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2008 eine Streuung zwischen 3,0 % und 5,6 %. Zu berücksichtigen ist, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2008 „Nullmonate“ bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 7,9 Mio. (2007: 8,2 Mio.), das entspricht rund 71 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 47,3 % mussten zwischen einem und drei Monate auf die reguläre Tariferhöhung warten, für weitere 2,5 % vergingen vier bis fünf Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, gut 21 % mussten sogar sechs und mehr Monate ohne Tabellenerhöhung akzeptieren. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für gut vier Fünftel (81,5 %) der davon betroffenen Beschäftigten Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 116 € (West: 118 €, Ost: 101 €) im Monat betrugen.

LAUFZEITEN

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt (*Tabelle 2*).

1) Transnet – Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; die heutige Verkehrsgewerkschaft GDBA wurde gegründet als Gewerkschaft Deutscher Bundesbahnbeamten und Anwärter; GDL – Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer.

Tabelle 3: Tarifsteigerung 2008¹⁾ – in % –

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3,9	3,6	3,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,6	2,8	3,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,7	3,2	3,3
Investitionsgütergewerbe	2,6	2,6	2,6
Verbrauchsgütergewerbe	2,7	2,9	2,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,7	2,5	2,5
Baugewerbe	3,0	3,0	3,0
Handel	1,7	1,9	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,9	3,4	3,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,7	2,7	2,7
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	3,3	3,0	3,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	8,7	3,2	4,4
Gesamte Wirtschaft	4,0	2,7	2,9

1) Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2008 gegenüber 2007.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

**Tabelle 4: Tarifniveau Ost/West – in % –**

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
91,5	91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.



Die *Laufzeit* der Vergütungstarifverträge im Jahr 2008 beträgt durchschnittlich 22,4 Monate (2007: 22,2 Monate). Für rund 1,1 Mio. Beschäftigte (10,0 %) laufen die Abkommen zwischen elf und 17 Monaten, für 3,5 Mio. (31,4 %) 18 Monate, für 6 Mio. (54,1 %) 24 Monate und länger, der Rest verteilt sich auf unterschiedliche Laufzeiten. Einen nennenswerten Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es nicht.

JAHRESBEZOGENE TARIFSTEIGERUNG

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdenende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2008 zum Vorjahr in Be-

zug und erfasst insgesamt 15,8 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese *kalenderjährige Steigerung* der Tarifverdienste 2008 gegenüber 2007 betrug für ganz Deutschland 2,9 % (Tabelle 3). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,4 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung aus, gefolgt vom Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 3,7 % und dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 3,5 %. Unterdurchschnittlich war die Tarifsteigerung im Bereich Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 2,7 %, im Investitionsgütergewerbe mit 2,6 % sowie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,5 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Handel mit 1,9 % aus.

In Ostdeutschland lag die kalenderjährige Erhöhung mit 4,0 % deutlich höher als in Westdeutschland mit 2,7 %. Dies hängt maßgeblich mit der Anpassung des Tarifniveaus Ost im öffentlichen Dienst zusammen.

In Tarifbereichen mit 1,1 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2008 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Be-

zieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 2,9 auf 2,8 %. In Tarifbereichen mit weiteren 2,5 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2007 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen ohne nachfolgende Abschlüsse. Setzt man die Tarifsteigerung für diese Bereiche mit 0 % an, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2008 insgesamt auf gut 2,4 %.

Der Stand der tariflichen *Lohnangleichung* an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grundvergütung* festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2008 ergibt sich dabei folgendes Bild (Tabelle 4): Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein *durchschnittliches Tarifniveau* von 96,8 %. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte. Entscheidend hierfür war die Anhebung des Tarifniveaus Ost im öffentlichen Dienst von 92,5 bzw. 97 % auf 100 % der Westtarife.

Die Steigerung der *Ausbildungsvergütungen* ist im vergangenen Jahr niedriger ausgefallen als 2007. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg von 2,2 % (West: 2,0 %, Ost: 2,9 %), der damit unter der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen und auch unterhalb des Anstiegs der Verbraucherpreise liegt (BIBB 2008). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr lagen die Beträge Ende 2008 in Vierfünftel der für diesen Tarifbericht ausgewählten 26 Tarifbereiche (West/Ost) unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 1,1 % im Versicherungsgewerbe und 10,3 % in der Stahlindustrie.

TARIF-, EFFEKTIV- UND REALLOHNENTWICKLUNG

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2008 von 2,9 % liegt gerade einmal 0,3 Prozentpunkte über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von 2,6 %. Real stiegen die *tariflichen* Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt also nur geringfügig. Angesichts des leicht rückläufigen Produktivitätsanstiegs wurde der *kostenneutrale Verteilungsspielraum* aus Preissteigerung (+2,6 %) und Produkti-

Tabelle 5: Tarifliche Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums¹⁾ – in % –

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
-0,3	1,0	-1,6	-1,7	-0,2	0,2	-0,2	-1,8	-2,7	-0,6	0,4

1) Saldo aus Verteilungsspielraum (Anstieg von Verbraucherpreisen + Arbeitsproduktivität/Stunde) und Tariferhöhung.

Quelle: Stat. Bundesamt; WSI-Tarifarchiv.



vitätszuwachs ($-0,1\%$) mehr als ausgeschöpft. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, ergibt sich folgendes Bild:

Betrachtet man die *Effektiveinkommensentwicklung* in Gesamtdeutschland, so entsteht ein ungünstigerer Eindruck (vgl. Statistisches Bundesamt 2009): Die Summe der *Bruttolöhne und -gehälter* stieg 2008 um $3,6\%$. Je Beschäftigten und je Arbeitnehmerstunde ergibt sich ein Anstieg um $2,3\%$. Daraus ergibt sich, dass die Bruttoreallöhne 2008 zum fünften Mal in Folge gesunken sind. Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung belegt die Fortsetzung der negativen Lohndrift.

Erstmals seit über zehn Jahren sind die Lohnstückkosten (Arbeitskosten/Produktivität) im vergangenen Jahr mit $2,1\%$ etwas stärker angestiegen. Im europäischen Vergleich blieb es bei dem bekannten Bild: In allen wichtigen Konkurrenzländern innerhalb der EU wuchsen die Lohnstückkosten erheblich stärker als in Deutschland (IMK 2008).

2.2 ARBEITSZEIT

Die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche *Wochenarbeitszeit* betrug Ende 2008 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland $37,6$ Stunden (West: $37,4$ und Ost: $38,8$ Stunden) (*Übersicht 3*). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u.a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche *Urlaubsdauer* (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert $30,0$ Tage (West: $30,1$ und Ost: $29,5$ Tage). Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche *Jahresarbeitszeit*, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von $1.656,2$ Stunden, für Westdeutschland $1.644,8$ und für Ostdeutschland $1.715,4$ Stunden.

2.3 ARBEITSKAMPFGESCHEHEN

Die Tarifauseinandersetzungen waren auch im Jahr 2008 häufig von Arbeitskampf-

Tabelle 6: Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2007–2008

– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % –

	2007	2008
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3
Verbraucherpreise	2,2	2,6
Produktivität/Stunde	0,8	-0,1
Tarifentgelte/Stunde ¹	2,2	2,9
Bruttoverdienste/Stunde	1,4	2,3
Lohnstückkosten/Stunde	0,0	2,1

¹⁾ Je tarifliche Arbeitsstunde.

Quelle: Stat. Bundesamt; WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 3: Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2008

Tarifregelung	Ost	West	Gesamt
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,6
Anteil der Beschäftigten (in %) mit:			
bis zu 35	5,9	25,5	22,3
36–37	5,6	9,8	9,2
37,5–38,5	31,0	36,0	35,1
39–40 und mehr	57,2	28,2	32,7
Urlaub (Arbeitstage) ¹	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.715,4	1.644,8	1.656,2

¹⁾ Endstufe.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

WSI MITTEILUNGEN

Tabelle 7: Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 1999–2008

– in Std. –

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
Woche	G	37,7	37,7	37,7	37,7	37,6	37,6	37,6	37,6	37,6
	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,2	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9	38,8
Jahr	G	1658,6	1657,8	1656,3	1656,0	1656,3	1655,7	1655,6	1657,0	1656,8
	W	1642,8	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7	1645,2
	O	1729,9	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3	1716,4

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres. G=Gesamt, W=West, O=Ost.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

WSI MITTEILUNGEN

maßnahmen begleitet. Dabei zeigt ein genauerer Blick, dass Anlass, Umfang und Intensität erheblich differieren. Zu unterscheiden sind in formaler Hinsicht verhandlungsbegleitende Warnstreiks und reguläre Arbeitsniederlegungen nach vorheriger Urabstimmung. Von der strategischen Anlage her geht es entweder um offensive Erzwingungsstreiks zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen oder um Abwehrstreiks gegen die Verschlechterung von Tarifstandards (Dribbusch 2008). Inhaltlich standen im Tarifjahr 2008 Lohnforderungen im Vordergrund, aber Konfliktgegenstände waren auch manteltarifliche Fragen der Arbeitszeit, des Rentenübergangs und ganz generell die Aufrechterhaltung der Tarifbindung.

WARNSTREIKS

In einigen Branchen ist inzwischen fast jede Tarifrunde von Warnstreiks begleitet.

Dies gilt z. B. für die Metall- und Elektroindustrie, in der in den vergangenen elf Jahren lediglich in zwei Jahren eine Einstellung ohne Warnstreiks erreicht werden konnte. In diesem Jahr beteiligten sich zunächst im Juni 360.000 Metallerinnen und Metaller an Warnstreiks für eine neue tarifliche Altersteilzeitregelung. In der Entgeltrunde im Herbst konnte die IG Metall in mehreren Warnstreikwellen sogar mehr als 600.000 Beschäftigte mobilisieren. Zwei massive Warnstreikwellen mit 430.000 Beteiligten reichten letztlich auch im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden), um nach langwierigen Verhandlungen sowie einer gescheiterten Schlichtung doch noch eine Einigung zu erzielen. Weitere Warnstreiks gab es in dieser Tarifrunde u.a. auch in der Stahlindustrie, in der Papierverarbeitung, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der Entsorgungswirtschaft, in der Energiewirtschaft und bei der Deutschen Post.

Übersicht 4: (Warn-)Streiks im Jahr 2008 in ausgewählten Tarifbereichen

Branche	Art/Dauer	Gegenstand	Beteiligte
Bankgewerbe	Protestaktionen/ Warnstreiks 3.7.–30.9	Gehalt	19.800
Deutsche Lufthansa AG	Streik 28.–31.7.	Lohn, Gehalt	k. A.
Einzelhandel	(Warn-)Streiks	Lohn, Gehalt, Mantel	180.000 ¹⁾
Kfz-Gewerbe NRW	Warnstreiks 11.–14.3.	Lohn, Arbeitszeit	8.100
Metallindustrie	Warnstreiks 3.–26.06	Altersteilzeit	360.000
Metallindustrie	Warnstreiks 1.–10.11.	Lohn, Gehalt	611.500
Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	Warnstreiks 14.2.–6.3.	Entgelt	430.000
Papierverarbeitung	Warnstreiks 10.4.–8.5.	Lohn, Gehalt	6.000
Stahlindustrie NRW und Ost	Warnstreiks 1.–19.2.	Lohn, Gehalt	44.000
Textil-/Bekleidung West	Warnstreiks 1.–10.3.	Lohn, Gehalt	18.100

1) Angaben für gesamte Tarifbewegung (April 2007–Juli 2008).

Quelle: WSI-Tarifarchiv.

WSI MITTEILUNGEN

ERZWINGUNGSSSTREIKS

Zu einem klassischen Erzwingungsstreik ver.di nach erfolgreicher Urabstimmung in der diesjährigen Tarifrunde bei der Deutschen Lufthansa auf. Nach vier, von einem großen Medienecho begleiteten Streiktagen kam es hier zur Einigung.

Die längsten von Streiks begleiteten Tarifrunden fanden im Einzelhandel sowie im öffentlichen Dienst Berlins statt. In der über ein Jahr dauernden Einzelhandelstarifrunde führte ver.di zwischen Mai 2007 und Juli 2008 im gesamten Bundesgebiet mehr als 6.400 Streikaktionen durch. Diese reichten von Tagesstreiks bis zu einwöchigen Arbeitsniederlegungen. Die Unternehmerseite reagierte in großem Stil mit organisierterem Streikbruch. Im öffentlichen Dienst in Berlin waren seit August 2007 immer wieder Arbeitskampfmaßnahmen notwendig, bis schließlich im November 2008 eine Einigung erzielt werden konnte. In beiden Fällen war die Länge der Auseinandersetzung Ausdruck einer Pattsituation, in der es der Gewerkschaftsseite Probleme bereitete, die Blockade der Arbeitgeberseite durch den Aufbau effektiven wirtschaftlichen bzw. politischen Drucks zu überwinden.

ABWEHRSTREIKS

In mehreren Fällen mussten sich Gewerkschaften mit Tarifflucht auseinandersetzen. Hierbei erzwang u.a. die IG Metall im Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen durch Streik das Verbleiben der Lueg AG im Metalltarif. Nach einer Woche Streik wurde bei

der Firma Vacuum Schmelze im hessischen Hanau die Rückkehr in die Tarifbindung erreicht und beim norddeutschen Gerätehersteller Möller-Wedel konnte die IG Metall nach 15-tägigem Streik ebenfalls einen neuen Tarifvertrag durchsetzen.

STREIKS VON BERUFSGEWERKSCHAFTEN

Nicht nur die DGB-Gewerkschaften, sondern auch zwei Berufsgewerkschaften führten im Jahr 2008 Arbeitskampfmaßnahmen durch. Dazu gehörte der Marburger Bund der Krankenhausärzte, der in der Tarifrunde an den Unikliniken Warnstreiks einsetzte. Bei der Lufthansa griff nach ver.di auch die Pilotenvereinigung Cockpit auf (Warn-)Streiks vor allem bei einigen Tochtergesellschaften zurück. Die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (Ufo) kündigte ebenfalls Kampfactionen an, sodass nach dem Tarifkonflikt von drei Gewerkschaften (Transnet, GDBA und GDL) mit der Deutschen Bahn erneut eine Debatte über konkurrierende Gewerkschaften und eine mögliche Begrenzung des Streikrechts aufbrach.

3 Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz

Die Große Koalition hatte sich im Sommer 2007 auf eine Ausweitung des Arbeitneh-

merentsendegesetzes sowie auf eine Modernisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes geeinigt. Anfang Januar 2008 legte Bundesarbeitsminister Scholz die Referentenentwürfe zur Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vor. Bis Ende März 2008 konnten die interessierten Tarifvertragsparteien Antrag auf Aufnahme in das Entsendegesetz stellen. Dies taten sie in folgenden Branchen (Bispinck/Schulzen 2008):

- Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit/Zeitarbeit),
- Bergbauspezialarbeiten,
- Berufliche Weiterbildung,
- Entsorgungswirtschaft,
- Forstliche Dienstleistungen,
- Industrielle textile Dienstleistungen,
- Pflegedienste (Altenpflege),
- Wach- und Sicherheitsgewerbe.

Allerdings lag nicht für alle Branchen bereits ein ausgehandelter Mindestlohn tarifvertrag vor. Im Wach- und Sicherheitsgewerbe hatten sich Arbeitgeber und ver.di nicht auf einen Vertrag einigen können. Der Arbeitsgeberverband schloss daraufhin im Juni 2008 mit der christlichen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) einen Mindestlohn tarifvertrag ab.

Die Gesetzentwürfe des Bundesarbeitsministers blieben in der Koalition umstritten. Erst im Juli einigte sich das Kabinett auf die endgültige Fassung (Bundesratsdrucksache 541/08 und 542/08). In der weiteren politischen Beratung traten erneut Meinungsverschiedenheiten auf. Der Bundesrat formulierte eine Reihe von Bedenken, in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales gingen die Meinungen der geladenen Experten weit auseinander (Ausschussdrucksache 16(11)1117 vom 31.10.2008). Von gewerkschaftlicher Seite wurde beim Mindestarbeitsbedingungengesetz vor allem der hohe bürokratische Aufwand bei gleichzeitig geringerer Wirksamkeit des Verfahrens kritisiert (DGB 2008). Im Kern bleiben auch bei Umsetzung beider Gesetzesvorhaben gravierende Regelungslücken bestehen, die letztlich nur mit einem allgemeinen, einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn geschlossen werden können (Bispinck/Schulzen 2008).

Die Koalitionspar teien konnten über Monate hinweg trotz intensiver Beratungen keine Einigung darüber erzielen, wel-

che Branchen konkret ins Entsendegesetz aufgenommen werden sollten. Während CDU/CSU die Zahl möglichst gering halten wollte und lediglich beim Wach- und Sicherheitsgewerbe Handlungsbedarf sah, wollte die SPD im Grundsatz alle acht Branchen, vor allem aber die Leiharbeitsbranche, in das Gesetz aufnehmen. Erst im Januar 2009 wurde ein Kompromiss gefunden. Sechs Branchen sollen in den Schutzbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes aufgenommen werden. Dazu gehören die Entsorgungsbranche, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Bergbauspezialdiensste, die industriellen Großwäschereien, die Pflegedienste und die berufliche Weiterbildung. Nicht aufgenommen werden sollen die Leiharbeitsbranche und die forstlichen Dienstleistungen. Für die Leiharbeitnehmer soll eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgehalten werden, die sich an den untersten bestehenden Tarifvergütungen orientieren soll. Die konkrete Umsetzung blieb zwischen den Koalitionsparteien strittig. Sollte der Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit (CGZP) mit dem Arbeitgeberverband AMP zugrunde gelegt werden, beträgt die unterste Tarifgruppe im Westen lediglich 7,21 €, die allerdings in den ersten sechs Beschäftigungsmonaten nochmals um 9,5 % auf 6,53 € abgesenkt werden darf. In dem von der DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit bereits 2006 abgeschlossenen Mindestlohn-Tarifvertrag mit den beiden größten Arbeitgeberverbänden BZA und iGZ sind dagegen 7,31 € vorgesehen. Die Regelung stieß deshalb auch auf heftige Kritik der DGB-Gewerkschaften („Mogelpackung für Leiharbeit“).

Der vom Bundesarbeitsminister auf Basis des Entsendegesetzes für den Bereich der Briefdienstleistungen erlassene Mindestlohn, der zum 1.1.2008 in Kraft trat, wurde im Dezember 2008 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in zweiter Instanz mit der Begründung für rechtswidrig erklärt, dass der Bund seine gesetzliche Ermächtigung überschritten habe und einen Mindestlohn-Tarifvertrag nur auf tariflich nicht gebundene Arbeitnehmer und Arbeitgeber erstrecken dürfe (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg 2008). Die Rechtsverordnung verdrängt jedoch bestehende Tarifvereinbarungen. Gemeint waren damit die Tarifverträge, die der Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste sowie kurz darauf

Übersicht 5: Neue tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG

Branche	Beschäftigte	Mindestlohn	
Aufnahme in das AEntG vom Bundestag beschlossen			
Bergbauspezialarbeiten	2.500	ab 01/2009	ab 07/2009
	Mindestlohn I	10,96	11,17
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	12,17	12,41
Berufliche Weiterbildung	23.000	–	–
West	Verwaltungsangestellte/r	10,71	–
Ost		9,53	–
West	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28	–
Ost		10,93	–
Entsorgungswirtschaft	130.000	ab 05/2009	–
		8,02	–
Industrielle textile Dienste	35.000	ab 03/2009	–
West	Mindestentgelt	1.480,741)	–
Ost	Mindestentgelt	1.393,741)	–
Pflegedienste (Altenpflege) ²⁾	565.000	–	–
Wach- und Sicherheitsgew. ³	177.000	ab 05/2009 6,00–8,32	–
Nicht zur Aufnahme in das AEntG vorgesehen:			
Private Forstdienstleister	10.000	01/2009	07/2009
	Mindestlohn	9,38	10,26
Zeitarbeit ⁴	630.000	ab 01/2008	–
West	Mindestentgelt	7,31	–
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	6,36	–

1) Monatsvergütung. 2) Konkrete Regelungen liegen noch nicht vor. 3) Abschluss mit Gew. Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB). 4) Regelung einer Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vorgesehen.

Beschäftigtenzahlen: WSI-Tarifarchiv; BMA nach Angaben der Tarifparteien.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 30.01.2009.

WSI MITTEILUNGEN

Übersicht 6: Tariferhöhungen in 2009 – Erhöhungen aus Abschlüssen 2008¹⁾ –

Branche	%	ab ... 2009
Chemische Industrie West	3,3	April–Juni ²⁾
Deutsche Post AG	3,0	Dezember
Energiewirtschaft NRW (GWE)	3,5	Juli
Hotels u. Gaststätten NRW	2,5	März
Kfz-Gewerbe Hessen	2,0	Dezember
Landwirtschaft	3,3	Februar
Metallindustrie	2,1	Februar
Steinkohlenbergbau	2,1	Mai
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	2,0	Juli
	2,8	Januar

1) Ohne Pauschal- und Einmalzahlungen. 2) Regional unterschiedlich.

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008.

WSI MITTEILUNGEN

der Bundesverband der Kurier-, Express- und Postdienste (BdKEP) mit der neu gegründeten Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) abgeschlossen hatten. Die GNBZ stellt jedoch nach einem Urteil des Kölner Arbeitsgerichts keine Gewerkschaft dar, weil sie aufgrund von finanziellen Zuwendungen seitens der Arbeitgeber nicht die für Gewerkschaften notwendige Unabhängigkeit aufweise. Damit sind die geschlossenen Tarifverträge

nichtig. Der Bundesarbeitsminister legte Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ein, die Mindestlohnverordnung bleibt bis zur endgültigen Erklärung in Kraft.

Der Handlungsdruck in Sachen Regulierung des Niedriglohnsektors erhöhte sich nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom April 2008 zur Rechtswidrigkeit des niedersächsischen Tariftreuegesetzes. Tariftreue Regelungen sind danach

mit der europäischen Dienstleistungsfreiheit nicht vereinbar (EuGH 2008). Dieses Urteil macht nicht nur einen allgemeinen Mindestlohn, sondern auch eine Reform, die die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen deutlich erleichtert, immer dringlicher (Schulten/Pawicki 2008).

Gültige Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz bestanden zum Redaktionsschluss dieses Berichts (Ende Januar 2009) in folgenden Branchen: Abbruch- und Abwrackgewerbe, Bauhauptgewerbe, Briefdienstleistungen, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk (Montage), Gebäudereinigerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk.

4

Ausblick auf die Tarifentwicklung 2009

In einigen Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2009 vereinbart, wie *Übersicht 6* zeigt. Die im kommenden Jahr in Kraft tretenden Steigerungsraten bewegen sich zwischen 2,0 und 4,2 %.

Im Jahr 2009 stehen im Übrigen in zahlreichen Wirtschaftszweigen Tarifverhandlungen an. Ende Dezember 2008 ließen im öffentlichen Dienst die Tarifverträge der Länder aus. Auch die Tarifverträge

bei der Deutschen Telekom und für die Zeitarbeit stehen zur Neuverhandlung an. Ende Januar folgte die Deutsche Bahn AG. Ende Februar 2009 endeten u. a. die Verträge in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Ende März folgen das Bauhauptgewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie sowie Teile des Einzel- und Großhandels, Ende April die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie sowie weitere Teile des Handels. Die Tarifforderungen sind weit gefächert: Im öffentlichen Dienst fordert ver.di 8 % und mindestens 200 €, bei der Deutschen Bahn AG will Transnet 10 % höhere Entgelte durchsetzen; in anderen Branchen fordern die Gewerkschaften zwischen 5 und 7 %.

LITERATUR

- Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB)** (2008): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2008 – Weiterhin nur sehr geringer Anstieg, Pressemitteilung 1 vom 8.1.
- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv** (2008a): Tarifpolitischer Jahresbericht 2008: Tarifpolitik in der Finanzmarktkrise, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Januar
- Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv** (2008b): Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Gespaltene Tarifentwicklung und verschärzte Gewerkschaftskonkurrenz, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 77–84
- Bispinck, R. (Hrsg.)** (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg
- Bispinck, R./Schulten Th.** (2008): Aktuelle Mindestlohn-debatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn?, in: WSI-Mitteilungen 3, S. 151–158
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)** (2008): Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen sowie zum Entwurf eines Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 28.10.
- Dribbusch, H.** (2008): Streiks in Deutschland – Rahmenbedingungen und Entwicklung ab 1990, in: WSI (Hrsg.): WSI-Tarifhandbuch 2008, Frankfurt/Main, S. 55–85
- Europäischer Gerichtshof (EuGH)** (2008): Urteil des Gerichtshofes in der Rechtssache C-346/06 (Tariftreueregelung in Niedersachsen), 3. April

Huber, B. (2008): Statement anlässlich der Pressekonferenz zur Forderungsempfehlung der Metall- und Elektroindustrie für die Tarifrunde 2008, Frankfurt, 8. 9.

Industriegewerkschaft Metall (IGM) (2008): Tarifrunde 2008/09 in der Metallindustrie. Sozialökonomische Rahmenbedingungen, Wirtschaftspolitische Informationen 06 vom 8.9.

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) (2008): Deutsche Arbeitskosten steigen im europäischen Vergleich nur gering. Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik, IMK-Report 34, November

Jänicke, S./Rohnert, R./Wagner, H. (2008): Schlechte Zeiten für mehr Gerechtigkeit?!, in: Sozialismus 12, S. 25–30

Kannegießer, M. (2008): „Im Abschwung höchste Forderung seit 16 Jahren zu stellen, ist leichtfertig“ – Gesamtmetall-Informationen für die Presse 25 vom 8.9.

Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg (2008): Postmindestlohnverordnung auch in zweiter Instanz beanstandet, Pressemitteilung 30 vom 18.12.

Schulten, Th./Pawicki, M. (2008): Tariftreueregelungen in Deutschland – Ein aktueller Überblick, in: WSI-Mitteilungen 4, S. 184–190

Statistisches Bundesamt (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2008, vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden